



Schleswig-Holsteinischer Landtag  
**Innen- und Rechtsausschuss**  
- L 21 -

Kiel, 14. März 2013  
Landeshaus  
Tel. (0431) 988 1141  
(0431) 988 1152  
Fax (0431) 5300 4 1180  
Innenausschuss@landtag.ltsh.de

## ***K u r z b e r i c h t***

*über die*

*27. Sitzung des **Innen- und Rechtsausschusses***

*am Mittwoch, dem 13. März 2013 ,  
im Sitzungszimmer 142 des Landtages*

Beginn: 14:05 Uhr

Der Ausschuss schloss seine Beratungen zum Gesetzentwurf der Fraktion der PIRATEN zur **Schaffung einer gesetzlichen Grundlage für die Datenschutzordnung des Landtags**, [Drucksache 18/513](#), ab. Einstimmig empfahl er dem Landtag die Annahme des Gesetzentwurfs in der Fassung des interfraktionellen Änderungsantrags, [Umdruck 18/929](#). Außerdem gab er im Wege der Selbstbefassung an den Landtag einstimmig die Empfehlung ab, den aus [Umdruck 18/930](#) ersichtlichen Beschluss zu fassen.

Der Ausschuss setzte seine Beratungen zum Gesetzentwurf der Landesregierung über die **Zustimmung zu dem Staatsvertrag zwischen dem Land Schleswig-Holstein und der Freien und Hansestadt Hamburg über die Zusammenarbeit im Bereich der Sicherungsverwahrung und der Therapieunterbringung**, [Drucksache 18/512](#), fort. Die Ausschussmitglieder kamen überein, in ihrer Sitzung am 10. April 2013 eine mündliche Anhörung zu dem Staatsvertrag, [Drucksache 18/512](#), und zu dem Gesetzentwurf über den **Vollzug der Sicherungsverwahrung** und zur Änderung weiterer Gesetzes, [Drucksache 18/448](#), durchzuführen. Die Fraktionen wurden gebeten, ihre Anzuhörenden und konkrete Fragestellungen für die Anhörung gegenüber der Geschäftsführung bis zum 18. März 2013 zu benennen. Der Ausschuss nahm außerdem das Angebot des Justizministeriums an, Anfang April 2013 einen Termin für einen Besuch in der JVA Fuhlsbüttel zu organisieren.

Der Ausschuss schloss seine Beratungen zum Gesetzentwurf der Landesregierung zur **Bereinigung des vorkonstitutionellen Landesstaatshaftungsrecht**, [Drucksache 18/490](#), ab und empfahl dem Landtag einstimmig die unveränderte Annahme.

Er beschloss, seine abschließende Beratung zum Gesetzentwurf der Fraktion der FDP zur **Neuordnung des Glücksspiels (Glücksspielgesetz)**, [Drucksache 18/508](#), für den 17. April 2013 vorzusehen und zu dieser Sitzung auch Vertreter des Landesfeuerwehrverbandes und

des Landesrechnungshofs einzuladen. Dem Landtag soll zum April-Plenum eine Beschlussempfehlung des Ausschusses zugeleitet werden.

Die Ausschussmitglieder kamen überein, ihre Beratungen zum Antrag der Fraktion der PIRATEN, Entschließung zur **Videoüberwachung an Bahnhöfen**, [Drucksache 18/447](#), im Sommer 2013 mit einem Gespräch mit Vertretern der Bundespolizei und der DB AG fortzusetzen.

Zum Bericht der Landesregierung, **Arbeitsprogramm der Europäischen Kommission 2013**, [Drucksache 18/478](#), sprach der Ausschuss an den federführenden Europaausschuss die Empfehlung aus, den Bericht dem Landtag zur Kenntnisnahme zu empfehlen.

Schluss: 15:35 Uhr

gez. Dörte Schönfelder